

## POLEN

STEPHAN RAABE

ANNE VELDER

3. Dezember 2010

# „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“

[www.kas.de/polen](http://www.kas.de/polen)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

REAKTIONEN IN POLEN AUF DIE BESETZUNG DES WISSENSCHAFTLICHEN BEIRATES, VORGESCHICHTE UND KONZEPTE DES STIFTUNGSPROJEKTS

**Am 22. November 2010 wurden durch den neuen Rat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ die 15 Mitglieder für den Wissenschaftlichen Beraterkreis benannt. Es sind Experten aus Deutschland, Polen, der Schweiz, Ungarn und den USA.**

Aufgabe des Wissenschaftlichen Beirates ist es, den Stiftungsrat und den Direktor der Stiftung, **Prof. Manfred Kittel**, in fachlichen Fragen zu beraten. Die konstituierende Sitzung soll nächstes Jahr im Januar stattfinden. Nach dem in Deutschland und mit Polen geführten Streit um den Einzug der CDU Bundestagsabgeordneten und Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, **Erika Steinbach**, in den Stiftungsrat wurde als Ergebnis eines Kompromisses, der im Frühjahr 2010 zum Rückzug Steinbachs führte, unter anderem der Wissenschaftliche Beirat von vormals neun auf 15 Mitglieder erweitert. Den vorherigen Beirat hatten der polnische Historiker Prof. **Tomasz Szarota**, die tschechische Historikerin Dr. **Kristina Kaiserová** sowie die deutsche Publizistin Dr. **Helga Hirsch** Ende 2009 bzw. Anfang 2010 verlassen. Szarota, weil das Projekt seiner Meinung nach nicht die Versöhnung mit Polen in den Vordergrund stelle, sondern die Versöhnung zwischen den Vertriebenen und den anderen Deutschen; Kaiserová, weil der Umgang mit der Geschichte in dem Gremium nicht ihren Vorstellungen entspreche; Hirsch, wegen der starken parteipolitischen Instrumentalisierung der Debatte und der Presseberichte, die das Projekt mit Diffamierungen auch in Bezug auf ihre Person begleiteten.

Nach dem Streit, der Steinbach zum Rückzug zwang, und den Austritten kommentierte die FAZ: „Der Anlass für das inzwischen groteske Züge annehmende Debakel, die Geschichte von Flucht und Vertreibung von Millionen Menschen im Zweiten Weltkrieg und der Nachkriegszeit, das Versprechen, ethnische Säuberungen in Europa seit dem neunzehnten Jahrhundert im historischen Kontext mittels einer Ausstellung erfahrbar zu machen – dies alles scheint wieder in weite Ferne gerückt“ (Regina Mönch: Unsichtbares Zeichen, FAZ vom 9.3.2010).

Nun wurde ein neuer Anlauf unternommen. Im Gegensatz zum vorherigen Beirat wurden nun gleich zwei polnische Wissenschaftler, Prof. **Krzysztof Ruchniewicz**, Direktor des Willy-Brandt-Zentrums an der Universität Breslau und Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, und Prof. **Piotr Madajczyk**, Leiter der Abteilung für Deutschlandstudien an der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau, für dieses Gremium gewonnen. Daneben aber auch die Schweizer Professorin Marina Cattaruzza aus Bern, Prof. Raphael Gross aus Frankfurt/London, Prof. Norman Naimark aus Stanford (USA) und Dr. Kristián Ungváry aus Budapest, der schon bisher dem Beirat angehörte. Neun weitere Vertreter aus Deutschland kommen hinzu, darunter der bisherige Beiratsvorsitzende Prof. Hans Maier aus München und Prof. Stefan Troebst aus Leipzig, der auch schon das „Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ beraten hat.

Die Berufungen der beiden polnischen Professoren riefen in Polen unterschiedliche

**POLEN**

STEPHAN RAABE

ANNE VELDER

**3. Dezember 2010**

[www.kas.de/polen](http://www.kas.de/polen)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Reaktionen hervor. Das polnische Außenministerium und der Beauftragte des Ministerpräsidenten für den Internationalen Dialog, Prof. **Władysław Bartoszewski**, erklärten umgehend, dass die Mitgliedschaft beider polnischer Historiker im Wissenschaftlichen Beirat der Stiftung einen rein privaten Charakter habe und diese keinerlei Legitimation seitens der polnischen Regierung zur Teilnahme an den Arbeiten in diesem Gremium besäßen. Von Regierungsseite, so Bartoszewski, werde es zu keiner Zusammenarbeit mit der deutschen Stiftung kommen.

Sieben Tage nach der Bekanntgabe der Berufungen widmete die nationalkonservative Tageszeitung Rzeczpospolita (Rz) dem Thema in ihrer Wochenendausgabe vom 27./28. November eine ganze Seite. Unter anderem wurde ein Interview mit dem ehemaligen polnischen Beiratsmitglied, Prof. Tomasz Szarota abgedruckt. Auch wurde der polnisch-deutsche Historiker Prof. **Bogdan Musiał** befragt, der in Deutschland vor zehn Jahren durch seine Kritik an der umstrittenen Wehrmachtsausstellung bekannt geworden ist und im Sommer 2004 an einer Gedenkveranstaltung des Bundes der Vertriebenen in Berlin zum Warschauer Aufstand als Redner teilgenommen hat.

Rz berichtet, die beiden in den Rat berufenen polnischen Historiker sähen dies als Chance, eine Veränderung bei der Gestaltung des Museums zu bewirken. Ein Boykott des Wissenschaftlichen Beirates von polnischer Seite wäre nach Auffassung von Prof. **Ruchniewicz** ein Fehler, da man sich dadurch der Möglichkeit berauben würde, Einfluss auf die Arbeit der Stiftung zu nehmen. Diese Sicht teilt Prof. **Musiał**. Allerdings plädiert er dafür, dass die beiden polnischen Berater nicht ihre individuelle Meinung, sondern eine vorher erarbeitete polnische Position einbringen sollten. Zudem befürchtet er, das ausschließlich deutsche Geschichtsprojekt gewönne durch die polnischen Berater einen internationalen Anschein.

Eine dezidiert kritische Auffassung vertritt in der Rz hingegen Prof. **Szarota**. Er bewertet das Engagement der beiden polnischen Historiker als eine Art „Feigenblatt“ für die Ar-

beit der Stiftung und wirft seinen polnischen Kollegen „beispiellose Naivität“ vor. Die Beteiligung der ausländischen Experten werde nur dazu dienen, dem ganzen Unternehmen einen Deckmantel von Wissenschaftlichkeit und internationaler Pluralität umzuhängen. Das Konzept der Ausstellung stehe dagegen längst fest und der Beirat solle dieses Konzept nur noch ausarbeiten und absegnen. Eine wirkliche wissenschaftliche Diskussion und kritische Begleitung sei von deutscher Seite gar nicht erwünscht. Am Ende würden sich die Bemühungen, den polnischen Standpunkt darzustellen, darauf beschränken, in der Ausstellung einen Informationssort über die Vertreibung von Polen zu entwerfen. Szarota bleibt dabei, dass das Projekt gar nicht dazu dienen solle, zur deutsch-polnischen Versöhnung beizutragen, sondern als Mittel für eine deutsch-deutsche Verständigung gedacht sei. Bei dem Beirat handele es sich nicht um ein wissenschaftliches, sondern um ein politisches Gremium, weil es in Deutschland auch um zwei Millionen Wählerstimmen der Vertriebenen gehe, weswegen er selbst nicht als Marionette habe dienen wollen.

Die Äußerungen zeigen, welcher Gegenwind den beiden polnischen Vertretern im wissenschaftlichen Stiftungsbeirat in ihrem eigenen Land entgegenschlägt.

**Die Vorgeschichte des Stiftungsprojektes**

Die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ geht im Kern auf eine Initiative Erika Steinbachs zurück, die in ihrer Antrittsrede 1998 als Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV), die Idee eines Zentrums gegen Vertreibungen erstmals öffentlich äußerte. Schon 1999 entwarfen der Bundesvorstand und das Präsidium des BdV den Plan, ein Projekt zur Aufarbeitung und Dokumentation der deutschen und europäischen Vertreibungen anzustoßen. Nur ein Jahr später am 6. September 2000 wurde die unabhängige Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ gegründet, deren Vorsitzende Erika Steinbach ist - bis zu dessen Tod 2005 gemeinsam mit dem SPD-Politiker Peter Glotz. Ziel der Stiftung ist es, ein Dokumentationszentrum über Vertreibungen in Berlin zu errichten. Damit solle ein Instru-

## POLEN

STEPHAN RAABE  
ANNE VELDER

3. Dezember 2010

[www.kas.de/polen](http://www.kas.de/polen)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

ment geschaffen werden, „das dazu beiträgt, Vertreibung und Genozid grundsätzlich als Mittel von Politik zu ächten“, heißt es auf der Homepage der Stiftung. Zu diesem Zweck wurde von August bis Ende Oktober 2006 im Berlin Kronprinzenpalais die Ausstellung **„Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“** gezeigt, die anschließend auch in Frankfurt, München, Düsseldorf, Stuttgart, Nürnberg, Erfurt und Recklinghausen präsentiert wurde.

Politische Unterstützung erhielt das Projekt zunächst parteiübergreifend, vor allem aber aus der CDU. Auch der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle stellte sich hinter das Vorhaben, machte sich aber als Außenminister seit Herbst 2009 mit Rücksicht auf Polen zum Fürsprecher für den Ausschluss Steinbachs aus dem Rat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. Am 4. Juli 2002 fasste der Deutsche Bundestag den Beschluss: „Für ein europäisch ausgerichtetes Zentrum gegen Vertreibungen“. Nachdem im Koalitionsvertrag der „Großen Koalition“ vom 11. November 2005 die Schaffung eines „Sichtbaren Zeichens“ gegen Vertreibungen vereinbart wurde, begann die praktische Umsetzung im Dezember 2008 durch einen mit großer Mehrheit vom Bundestag gefassten Gesetzesbeschluss, die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ zu errichten. Träger der Stiftung ist das Deutsche Historische Museum. Stiftungszweck ist es, *„im Geiste der Versöhnung die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert im historischen Kontext des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und ihrer Folgen wachzuhalten“*. 2,5 Millionen Euro sind jährlich als Haushalt für die Stiftung vorgesehen.

Im April 2009 nahm die Stiftung mit der Berufung von 12 Mitgliedern des Stiftungsrates durch die Bundesregierung ihre Arbeit auf. Der BdV benannte dabei zunächst nur zwei von drei möglichen Vertretern, da die Berufung seiner Vorsitzenden Steinbach durch die SPD-Minister im Kabinett blockiert wurde, was zu heftigen öffentlichen Kontroversen führte. 2010 kam es im Gegenzug

zum Rückzug Steinbachs zu einer Änderung des Stiftungsgesetzes, durch die unter anderem das Berufungsverfahren für die Mitglieder des Stiftungsrates geändert wurde: Der Rat besteht jetzt aus 21 Mitgliedern, von denen 19 vom Bundestag gewählt werden. Der BdV kann jetzt sechs statt bisher drei Vertreter in den vergrößerten Rat entsenden.

Kraft ihres Amtes sind die Präsidenten der Stiftungen **Deutsches Historisches Museum** (Prof. Hans Ottomeyer) und **Haus der Geschichte** der Bundesrepublik Deutschland (Prof. Hans Walter Hütter) Mitglieder des Rates. Die übrigen 19 Mitglieder wurden zunächst von verschiedenen Institutionen benannt und dann am 8. Juli 2010 vom Deutschen Bundestag gewählt:

vier Mitglieder für den **Deutschen Bundestag** (Klaus Brähmig, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Ausiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Stephan Mayer, CSU, Wolfgang Thierse, SPD, Lars Lindemann, FDP);

je ein Mitglied für das **Auswärtige Amt** (Staatsministerin Cornelia Pieper, FDP), das **Bundesministerium des Innern** (Gabriele Hauser, Abteilungsleiterin) und das **Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien** (Staatsminister Bernd Neumann, CDU);

sechs Mitglieder für den **Bund der Vertriebenen** (BdV) (Dr. Bernd Fabritius, Adolf Fetsch, Stephan Grigat, Alfred Herold, Christian Knauer, Albrecht Schläger);

je zwei Mitglieder für die **Evangelische Kirche** (Dr. Petra Bahr, Helge Klassohn), die **Katholische Kirche** (Weihbischof Dr. Hans-Jochen Jaschke, Jörg Lüer) und den **Zentralrat der Juden** (Prof. Salomon Korn, Lala Süsskind – beide lassen ihre Mitgliedschaft seit September 2010 angesichts der Debatte über zurückliegende Äußerungen zweier vom Bund der Vertriebenen in den Stiftungsrat entsandten Stellvertreter zunächst ruhen).

Auf seiner konstituierenden Sitzung hat der Stiftungsrat am 25. Oktober einmütig den

## POLEN

STEPHAN RAABE

ANNE VELDER

3. Dezember 2010

[www.kas.de/polen](http://www.kas.de/polen)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

vom Direktor der Stiftung Manfred Kittel vorgelegten Entwurf eines Eckpunktepapiers, das die Grundlage für die Erarbeitung eines Ausstellungskonzepts sein soll, „als gute Beratungsgrundlage begrüßt“. Das Papier wurde an den wissenschaftlichen Beraterkreis weitergeleitet, der dieses – einschließlich einer möglichen Einbeziehung Externer - behandeln wird. „Der Stiftungsrat wird dazu in einer der folgenden Sitzungen einen endgültigen Beschluss fassen“, heißt es in der Pressemitteilung der Bundesregierung dazu. Das **Eckpunktepapier** ist im Internet abrufbar unter [www.sfvv.de](http://www.sfvv.de).

### Die konzeptionelle Diskussion

Die kontroverse Diskussion um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ und die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ existiert, seitdem die Idee eines solchen „Sichtbaren Zeichens“ geboren und veröffentlicht wurde. Vor allem die Frage der historischen Einordnung und der Stellenwert der Vertreibungen, insbesondere die Sichtweise des 20. Jahrhunderts als „Jahrhundert der Vertreibungen“ führten zu Disputen. Während aber in der Anfangszeit der Diskussion von polnischer Seite mehr die Befürchtung einer zu starken Fokussierung allein auf die Vertreibung der Deutschen im Vordergrund stand, richtete sich später die Kritik gerade gegen eine vergleichende Ausweitung des Vertreibungsthemas auf das ganze 20. Jahrhundert.

Durchgehend war zudem die Person Erika Steinbachs als führende Initiatorin und Betreiberin dieses Vorhabens in Polen ein Stein des Anstoßes, der politische Verwerfungen verursachte. Nachdem Steinbach in Folge des langen Streits mit Polen und dann auch in Deutschland sich 2009 zum vorläufigen und Anfang 2010 zum endgültigen Rückzug aus dem staatlichen Stiftungsprojekt gezwungen sah, ebnete die öffentliche Auseinandersetzung um das „Sichtbare Zeichen“ in Deutschland wie in Polen ab. Einen Höhepunkt hatte sie im März 2009 in dem öffentlichen Briefwechsel zwischen Bundestagspräsident **Norbert Lammert** und Staatssekretär **Władysław Bartoszewski** erreicht. Das grundsätzliche Misstrauen gegenüber dem Projekt besteht jedoch in Po-

len trotz eines merklichen Überdresses an dem Streit weiter. Vor allem die in den letzten Jahren insbesondere von nationalkonservativer Seite geschürte Befürchtung einer „**Geschichtsverfälschung**“ durch die Darstellung der Deutschen als Opfer und damit einhergehend der Relativierung deutscher Schuld sowie der Vorwurf der **Missachtung der Ursachen** für die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten werden immer wieder genannt. Befürchtet wird vor allem, dass am Ende die Besucher Berlins durch das Holocaust Mahnmahl von der Vernichtung der Juden und durch das „Sichtbare Zeichen“ von der Vertreibung der Deutschen erfahren, aber das Schicksal des polnischen Volkes im Dunkeln bleibe.

Die **polnische Regierung** unterstrich deshalb wiederholt ihre kritisch distanzierte Einstellung gegenüber dem Projekt, das als solches aber von der Regierung Tusk seit 2008 nicht mehr grundsätzlich abgelehnt und bekämpft wird. Als Oppositionsführer hatte Tusk sich im März 2007 bei einer Rede in Berlin in der Konrad-Adenauer-Stiftung noch klar gegen das Vorhaben ausgesprochen.

Am 9. September 2010 legten nun die Vorsitzenden der Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historikerkommission sowie der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission einen eigen Entwurf für das Stiftungsprojekt als Diskussionsgrundlage vor, der allerdings in den Kommissionen nicht förmlich abgestimmt worden war (vgl. [www.dt-ds-historikerkommission.de](http://www.dt-ds-historikerkommission.de)). Darin kritisieren sie auf der Grundlage noch vorläufiger Äußerungen des Stiftungsdirektors Kittel die „*Darstellung eines breiten Panoramas europäischer Vertreibungsphänomene ..., wie sie in der Ausstellung ‚Erzwungene Wege‘ im Jahr 2006 bereits erprobt wurde*“ als „*verfehlt, weil sie nicht zu einer vertieften Beschäftigung mit Vertreibungen und Zwangsmigrationen hinführt*“ (5). Konkrete historische Hintergründe blieben in einer solchen breiten Perspektive unsichtbar, wesentliche Unterschiede würden systematisch ausgeblendet, behaupten die Kommissionsvorsitzenden.

**POLEN**

STEPHAN RAABE

ANNE VELDER

**3. Dezember 2010**

[www.kas.de/polen](http://www.kas.de/polen)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Mit ihrem eigenen Konzept wollen sie vor allem den Zusammenhang von **Ursachen und Folgen**, den **Zweiten Weltkrieg als primären Kontext** und den kategorialen **Unterschied zwischen Vertreibungen und Massenmorden** an Juden und anderen Gruppen deutlich machen. Demzufolge betonen sie „die Bedeutung der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik für die Gewaltphänomene des 20. Jahrhunderts, ohne dabei vorangegangene bzw. parallele Gewaltpolitiken auszublen-den“ (6). Als Grundstruktur des Ausstellungskonzepts schlagen sie vier **problemorientierte Zugänge** vor unter den Überschriften:

- 1) Staat, Nation, Rasse;
- 2) Zusammenleben;
- 3) Integration;
- 4) Erinnerung und Begegnung.

Im Anschluss sollen dann „**topographische Module**“ folgen, die anhand der Ortsbeispiele Breslau (Schlesien), Aussig (Böhmen), Wilna (Litauen) dargestellt werden. Dazu wird erläutert: „Der ausgesprochenen Komplexität der von den Deutschen und Sowjets angestoßenen Vertreibungsvorgänge ... wird man am besten gerecht, wenn die häufig parallel ablaufenden bzw. in einem kausalen Zusammenhang stehenden Vertreibungen an konkreten historischen Orten aufgezeigt werden“ (7). Der topographische Ansatz soll mit dem **Erzählen von individuellen Geschichten** von Zwangsumgesiedelten und Vertriebenen verbunden werden, wobei „der grundsätzlich multiperspektivische Ansatz ... die Berücksichtigung verschiedener Stimmen und verschiedener Gruppen“ erfordere (18). Das Konzept plädiert also mit seinen vier thematischen Zugängen für eine Konzentration auf den Zweiten Weltkrieg und die Nachkriegszeit, was exemplarisch mit Bezug auf bestimmte Orte konkretisiert werden soll.

Vor diesem Hintergrund stieß das vom Stiftungsdirektor Prof. Kittel Ende Oktober vorgestellte **Eckpunktepapier** denn auch bei verschiedenen Historikern in Polen und Deutschland auf Kritik. Allerdings fehlt in

dem Gegenentwurf der ausdrückliche Bezug auf den Ersten Weltkrieg als der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ und als Katalysator für spätere Vertreibungen. Zudem entfernt er sich von der Grundkonzeption der Bundesregierung von 2008, „*Flucht und Vertreibung der Deutschen ... eingebettet in den Kontext europäischer Vertreibungen im 20. Jahrhundert darzustellen.*“

Im Gegensatz zum Alternativkonzept, das den Zweiten Weltkrieg als primären Kontext angibt, wählt das Eckpunktepapier der Stiftung eine breitere herangehensweise: die Kriege und totalitären Diktaturen im 20. Jahrhundert. So heißt es in der Präambel des Papiers: „Die Stiftung ... wird das Schicksal der 60 bis 80 Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen thematisieren, die aufgrund von Kriegen und Diktaturen während des 20. Jahrhunderts in Europa ihre Heimat verloren haben und Schreckliches an Leib und Seele erfahren“ (2). **Multiperspektivität**, die unterschiedliche Erfahrungshorizonte und Erklärungsmuster darstellt, wird als Beitrag zur europäischen Verständigung ebenfalls hervorgehoben (5). Flucht und Vertreibung der Deutschen werden im Kontext der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik, aber auch vor dem Hintergrund der europäischen Geschichte im 20. Jahrhundert und der ethnopolitisch motivierten Vertreibungen und Genozide reflektiert. Die geplante Dauerausstellung soll Teil eines wissenschaftlich-pädagogischen Dokumentations- und Informationszentrums in Berlin sein. Sie soll in einen atmosphärischen **Prolog** mit Erlebnisschilderungen, einen inhaltlichen und geographischen **Orientierungsraum** zu den Vertreibungsvorgängen im 20. Jahrhundert und einen chronologisch angelegten **Rundgang** als „Rückgrat der Ausstellung“ (15) gliedern. Dieser „folgt den historischen Ereignissen, behandelt die ideologischen Triebfedern politischer Entscheidungen und die daraus resultierenden Folgen für die europäischen Völker“ (15). Dafür wird folgende **Gliederung** vorgeschlagen:

- 1) „Das Ende des Ersten Weltkriegs und das Selbstbestimmungsrecht der Völker“;

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**POLEN**

STEPHAN RAABE

ANNE VELDER

**3. Dezember 2010**

[www.kas.de/polen](http://www.kas.de/polen)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

- 2) *Mehr- und Minderheiten in der Zwischenkriegszeit;*
- 3) *„Volksgemeinschaft“ und „Lebensraum“: Zentrale Bestandteile der NS-Ideologie;*
- 4) *Der Zweite Weltkrieg: Krieg und Völkermord, Flucht der deutschen Zivilbevölkerung;*
- 5) *Die Vertreibung der Deutschen und die Nachkriegsordnung Europas;*
- 6) *Ankunft und Integration der deutschen Vertriebenen;*
- 7) *Nach 1989: Auf dem Weg zu einer europäischen Erinnerungskultur?*

*Die Kapitel vier, fünf und sechs bilden den Schwerpunkt der Ausstellung“ (15f.). Fallstudien zu einzelnen Regionen und Orten sollen weitere Zugänge bieten und die komplexen Phänomene konkretisieren helfen. Damit wird auch der **topographische Ansatz** des Alternativkonzeptes aufgenommen. So weisen beide Konzepte Parallelen auf. Der wesentliche Unterschied liegt in der stärkeren Eingrenzung und Fokussierung des Themas einerseits und der breiteren vergleichenden Darstellung andererseits.*